

Resolution zum Gesetzesentwurf in Bezug auf ein neues Lehrerdienstrecht

Die Schulgemeinschaft des Klemens Maria Hofbauer Gymnasiums, 2801 Katzelsdorf/Leitha, das heißt Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, lehnen in einer gemeinsamen Resolution den geplanten Lehrer-Dienstrechtsentwurf entschieden ab, ebenso die Vorgangsweise der Schulpolitik.

Der Gesetzesentwurf sieht eine deutliche Verschlechterung der Schul- und Unterrichtsqualität vor, ebenso die Vorbereitung auf eine Gesamtschule für ALLE Kinder (ohne Alternativen). Eine Gesetzesreform sollte unserer Meinung nach aber dazu dienen, Rahmenbedingungen für die Schulqualität zu verbessern, nicht sie zu verschlechtern und schwere Nachteile für die kommenden Generationen und deren Zukunft zu erzeugen.

Es sei klargestellt, dass für die Einführung einer für alle Kinder verpflichtenden Gesamtschule derzeit kein gesellschaftlicher Konsens besteht, keine Mehrheit unter den Eltern, keine Mehrheit unter der Bevölkerung und kein Regierungsauftrag.

Wir lehnen in jedem Fall eine eigenmächtige Bevormundung der Familien durch eine ideologisch gefärbte Schulpolitik ab.

Was uns besonders abstößt, ist die Art und Weise, in welcher Vertreter unserer Regierung versuchen, Kritiker mundtot zu machen, indem sie diese als inkompetente, standesdünkelnde, betonierende, überbezahlte Minderleister hinstellen, als Verhinderer jeder sinnvollen Reform, als ein faules Pack, das gefälliger mehr zu arbeiten habe, als Hindernisse, die es gilt, aus dem Weg zu räumen, ebenso, dass hohe Geldbeträge auf Kosten der Steuerzahler dazu aufgewendet werden, die Medien zu einer entsprechenden Kampagne zu verpflichten. Steuergelder aus dem Unterrichtsmittelbudget haben der Förderung unserer Kinder zugute zu kommen, nicht diversen Medien für das Betreiben von Gesamtschulpropaganda und das Hetzen gegen einen Berufsstand.

Die geplante Kürzung der Entlohnung pro Wochenstunde Unterricht um durchschnittlich 40% in Verbindung mit der Streichung sämtlicher Leistungsanreize und gleichzeitiger Erhöhung der Lehrverpflichtung, kombiniert mit der Verpflichtung, innerhalb von 6 Jahren berufsbegleitend neben Induktionslehrveranstaltungen an der Pädagogischen Hochschule und regelmäßigen Hospitationen auch ein Masterstudium zu absolvieren, um das Damoklesschwert jederzeitiger sofortiger Kündigung nach dem 6. Dienstjahr zu vermeiden, führt zwangsläufig zu hoher, kaum zu bewältigender Arbeitsbelastung, Entmotivation, hoher Fluktuation und auch damit einhergehend weiterer Verschlechterung der Unterrichts- und Schulqualität.

Eine höhere Unterrichtsverpflichtung bedeutet in der Praxis:

- jedeR LehrerIn übernimmt zusätzliche Klassen, hat somit weniger Zeit für die/den einzelne/-n
- **deutliche Verschlechterung des LehrerIn-SchülerIn-Betreuungsverhältnisses!**

-> Das Ministerium behauptet:

„LehrerInnen haben mehr Zeit für ihre SchülerInnen.“

Ein All-In-Vertrag bedeutet in der Praxis:

- keine Unterscheidung des deutlich unterschiedlichen Arbeitsaufwands verschiedener Unterrichtsfächer
- extreme Überlastung bestimmter (korrekturlastiger) Unterrichtsfächer
- **drastischer Qualitätsverlust in bestimmten Unterrichtsfächern!**

-> Das Ministerium behauptet:

„Endlich werden alle LehrerInnen gleich behandelt.“

Unterricht durch nicht ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer bedeutet in der Praxis:

- alle LehrerInnen müssen jedes Fach unterrichten, egal welche Fächerkombination studiert wurde
- **massive Qualitätseinbußen durch unqualifiziertes Lehrpersonal!**

-> Das Ministerium behauptet:

„Der drohende LehrerInnenmangel kann gelöst werden.“

Induktionsphase für JunglehrerInnen bedeutet in der Praxis:


- volle Lehrverpflichtung ab dem ersten Dienstjahr
- Voraussetzung für die Zulassung: unbesetzte Stelle mit voller Lehrverpflichtung
- verschlechtertes JunglehrerIn-MentorIn-Betreuungsverhältnis während der ‚Induktionsphase‘
- **bevorstehende Überforderung und Demotivation der JunglehrerInnen!**

-> Das Ministerium behauptet:

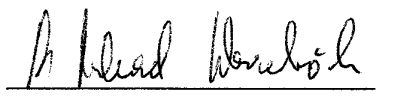
„Der Job wird für JunglehrerInnen besonders attraktiv.“

Wir fordern einen völligen Neubeginn der Verhandlungen um ein neues Dienstrecht. Ziel sollte eine Verbesserung, keine Verschlechterung der Rahmenbedingungen des Schullebens sein. Dazu bedarf es klarer, zeitgemäßer und auch zweckmäßiger Aufgabenbeschreibungen, einer seriösen Arbeitszeitanalyse, vernünftiger Anforderungsprofile und auch Leistungsanreize. In jedem Fall ist ein Einvernehmen mit allen Betroffenen, d. h. mit allen Schulpartnern herzustellen.

Hochachtungsvoll



Schulsprecherin



Vorsitzender des Elternvereines



Vorsitzender des GBA